

Kapitel A	
Einleitung	15
Kapitel B	
Formen, Motive und Auswirkungen von Betriebsaufspaltungen und sonstigen Unternehmensteilungen	22
I. Technische, arbeitsorganisatorische und unternehmensorganisatorische Rationalisierung	22
1. Zur technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierung	22
2. Unternehmensorganisatorische Rationalisierung	24
II. Formen der unternehmensorganisatorischen Rationalisierung	25
1. Vertragsfreiheit und Typenzwang im Gesellschaftsrecht	25
2. Die gesellschaftsrechtlichen »Idealtypen«	26
a) Der Idealtypus »Personengesellschaft« (vor allem OHG, KG)	26
b) Der Idealtypus »Kapitalgesellschaft« (vor allem GmbH, AG)	26
3. Idealtypen und Wirklichkeit; Typenverbindung	27
4. Insbesondere: Die Betriebsaufspaltung	28
a) Die Grundform der Betriebsaufspaltung: die »echte« Betriebsaufspaltung	28
b) Die Produktions- und Vertriebsgesellschaft	29
c) Die umgekehrte Betriebsaufspaltung	29
d) Die unechte (uneigentliche) Betriebsaufspaltung	29
e) Die mitunternehmerische Betriebsaufspaltung	29
f) Zwischenformen	29
5. Insbesondere: Sonstige Unternehmensteilungen	30
6. Zur Illustration der Vielfalt: Franchising	30
7. Spartenorganisation	36
III. Motive und Wirkungen der Organisation und Umorganisation des Einzelkapitals	37
1. Allgemeines	37
2. Steuerliche Aspekte	38
a) Allgemeine steuerliche Aspekte	38
b) Steuerliche Aspekte der Betriebsaufspaltung	42
c) Steuerliche Aspekte von Unternehmensteilungen	44

3. Insbesondere Haftungsfragen	45
a) Allgemeines	45
b) Haftungsbegrenzung bei der Betriebsaufspaltung ...	47
c) Haftungsprobleme bei Unternehmensteilungen	48
4. Sonstige Aspekte unternehmensorganisatorischer Rationalisierung	49
a) Verstärkung des betrieblichen Macht- ungleichgewichts zuungunsten der Arbeitnehmer ...	49
b) Zerschlagung gewachsener betrieblicher Zusammen- hänge	51
c) Verschlechterung der Bedingungen organisierter Interessenvertretung	52
d) Verschlechterung der Lage der einzelnen Arbeitnehmer	53
e) Mißbräuchliche Ausnutzung von »Privilegien« für Kleinunternehmen	54

Kapitel C

Praxisfälle	55
I. Aufteilung einer Gesellschaft in eine (»reiche«) Besitz- und in eine (»arme«) Betriebsgesellschaft	55
1. Fall der Fa. Kastrup (Düsseldorf)	55
2. Fall der Fa. F. W. Q GmbH & Co. KG (Stuttgart)	57
II. Aufteilung einer Gesellschaft in eine Besitzgesellschaft und mehrere Betriebsgesellschaften	59
Fall der Fa. Westphal & Lange KG (Langenhagen)	59
III. Übertragung eines Betriebsteils von einer Gesellschaft auf eine neugegründete andere, wenn beide wirtschaftlich den gleichen Personen gehören	63
1. Fall der Fa. Wildeboer (Weener)	63
2. Fall der Fa. Lange & Springer (Berlin)	68
IV. Aufspaltung einer Gesellschaft mit einem Betrieb in mehrere neue Gesellschaften	72
Fall der Fa. Reese (Lemgo)	73
V. Aufspaltung einer Gesellschaft mit mehreren Betrieben in mehrere neue Gesellschaften	77
1. Fall der Fa. Moderne Satztechnik Stuttgart GmbH (MS) (Stuttgart)	77

2. Fall der Fa. Rheinisch Bergische Druckerei und Verlagsgesellschaft mbH (RBDV) (Düsseldorf)	80
3. Fall der Fa. Bauer Verlag KG (Hamburg; München, Köln)	82

Kapitel D

Beteiligungsrechte des Betriebsrats bei der Durchführung von Betriebsaufspaltungen und Unternehmensteilungen	87
I. Betriebsratsrechte gegenüber Betriebsaufspaltungen	87
II. Betriebsratsrechte gegenüber Unternehmensteilungen	95
III. Die Rechte auf rechtzeitige und umfassende Information	99

Kapitel E

Auswirkungen von Betriebsaufspaltungen und Unternehmensteilungen auf die institutionelle Interessenvertretung	103
I. Auswirkungen von Betriebsaufspaltungen und Unternehmensteilungen auf die jeweils bestehenden Betriebsräte	103
1. Allgemeines	103
a) Die Grundzüge des betriebsverfassungsrechtlichen Betriebsbegriffs	104
b) Die Grundzüge des betriebsverfassungsrechtlichen Unternehmensbegriffs	108
c) Auswirkungen gesellschaftsrechtlicher Veränderungen bei betrieblich unveränderten Strukturen	109
aa) Auswirkungen auf den Betrieb im Sinne des BetrVG	109
bb) Auswirkungen auf das Unternehmen im Sinne des BetrVG	114
2. Die Auswirkungen der Betriebsaufspaltung auf die bestehenden Betriebsräte	122
3. Die Auswirkungen der Unternehmensteilung auf die bestehenden Betriebsräte	123
a) Auswirkungen auf den örtlichen Betriebsrat	126
b) Auswirkungen auf der Ebene des Gesamtbetriebsrates	128
c) Auswirkungen auf der Ebene des Konzernbetriebsrates	130
4. Zusammenfassung	131

II. Auswirkungen von Betriebsaufspaltungen und Unternehmensteilungen auf die Mitbestimmung auf Unternehmensebene	132
1. Der Fall der Betriebsaufspaltung	132
2. Der Fall der Unternehmensteilung	132
III. Zur rechtlichen Möglichkeit der Sicherung gewachsener Betriebsratsstrukturen und von Möglichkeiten der Unternehmensmitbestimmung durch Kollektivvereinbarungen	133
1. Allgemeines	133
2. Tarifvertragliche Änderungen der betriebsverfassungsrechtlichen Strukturen	134
a) Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	135
b) Andere Vertretungen der Arbeitnehmer (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG)	136
aa) Zum Problem der Branchenüblichkeit	136
bb) Zur Auslegung des Begriffes »Errichtung«	137
cc) Zur Frage der betriebsübergreifenden Regelung	139
c) Andere Zuordnung von Betriebsteilen und Nebenbetrieben (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG)	140
3. Änderungen der betriebsverfassungsrechtlichen Strukturen durch Betriebsvereinbarungen?	141
4. Tarifvertragliche Änderungen der mitbestimmungsrechtlichen Strukturen	142
5. Änderungen der mitbestimmungsrechtlichen Strukturen durch Betriebsvereinbarungen	144
6. Rechtspolitische Folgerungen	144
IV. Zur Praxis der Mitbestimmungssicherung	145
1. Einheitlicher Betriebsrat für mehrere Unternehmen	148
a) Tarifvertragliche Regelungen	148
b) Regelungen durch Betriebsvereinbarung	152
c) Regelungen durch Absprachen bzw. Duldung	153
2. Gemeinsamer Gesamtbetriebsrat / Vertretung rechtlich selbständiger Unternehmen im Gesamtbetriebsrat / Produktionsbereichsausschüsse	156
a) Tarifvertragliche Regelungen	157
b) Regelungen durch Betriebsvereinbarungen	161
c) Sonstige Regelungen	161
3. Arbeitsgemeinschaften	164
4. Fazit	165

V. Zur Bedeutung der Erhaltung bzw. Errichtung von einheitlichen Interessenvertretungen für die Arbeitnehmer	166
1. Das Problem der Information	167
a) Die Strategie der Unternehmerseite	167
b) Reaktionsmöglichkeiten für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer	168
c) Beispiele für Forderungen in dieser Situation	171
2. Zu der Notwendigkeit, sich auf die neue Situation einzustellen	173
a) Unternehmensteilung an einem Standort	174
b) Durchsetzung eines gemeinsamen Gesamtbetriebsrats	177
c) Konsequenzen	178
VI. Gewerkschaftliche Betriebsarbeit	179

Kapitel F

Wechsel des Arbeitgebers und Widerspruch der Arbeitnehmer nach § 613a BGB bei Betriebsaufspaltung und Unternehmensteilung	181
I. Betriebsaufspaltung und Unternehmensteilung als atypische Fälle des Betriebsinhaberwechsels nach § 613a BGB	181
II. § 613a BGB bei Betriebsaufspaltungen und Unternehmensteilungen	182
1. Normzweck und Rechtswirkungen	182
2. Voraussetzungen	184
3. Der Übergang der Arbeitsverhältnisse	188
4. Die Rechtsstellung des Arbeitnehmers gegenüber dem neuen Betriebsinhaber	193
a) Auswechslung des Arbeitgebers als Vertragspartei	193
b) Arbeitsvertragliche Ansprüche	193
5. Ansprüche aus Kollektivverträgen	196
a) Betriebsvereinbarungen	197
b) Tarifverträge	202
III. Das Widerspruchsrecht der Arbeitnehmer bei Betriebsaufspaltung und Unternehmensteilung	204
1. Rechtsnatur und Rechtsfragen des Widerspruchsrechts	
a) Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	205
b) Das Widerspruchsrecht als Gestaltungsrecht	206

c) Die gemeinschaftliche Ausübung des Widerspruchsrechts und die Abgabe der Widerspruchserklärung durch den Betriebsrat oder eine Gewerkschaft	208
2. Die soziale Rechtfertigung einer betriebsbedingten Kündigung des widersprechenden Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber	210
a) Der Unwirksamkeitsgrund des § 613 a Abs. 4 BGB	211
b) Sonderkündigungsschutz	212
c) Allgemeiner Kündigungsschutz	214
3. Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten für widersprechende Arbeitnehmer bei Betriebsaufspaltung und Unternehmensteilung	214
a) Konzerndimensionaler Kündigungsschutz und »Verdoppelung des Arbeitgebers«	216
b) Übertragbarkeit des Ergebnisses auf Betriebsspaltung und Unternehmensteilung	227

Kapitel G

Die Haftungslage bei Betriebsaufspaltung und

Unternehmensteilung	232
I. Echte Betriebsaufspaltung Typ A	234
1. § 613 a BGB	234
2. § 419 BGB	234
3. § 25 HGB	240
4. § 3 Abs. 1 Nr. 1 Anfechtungsgesetz	240
5. §§ 302 Abs. 1, 317 Abs. 1 Aktiengesetz (AktG)	243
6. Durchgriffshaftung	246
7. Interessenwahrung durch Vereinbarung	251
8. Die Rechtslage im Konkurs der Betriebsgesellschaft	255
a) Die unter 1. bis 7. erörterten Ansprüche	255
b) Anwendbarkeit des § 32 a GmbHG auf die der Betriebsgesellschaft zur Nutzung überlassenen Betriebsmittel	256
c) Die Dotierung des Sozialplans	259
II. Echte Betriebsaufspaltung Typ B	259
1. § 613 a BGB	261
2. § 419 BGB	261
3. § 25 HGB	261
4. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AnfG	262

5. §§ 302 Abs. 1, 317 Abs. 1 AktG	262
6. Durchgriffshaftung	263
7. Interessenwahrung durch Vereinbarung	265
8. Die Rechtslage im Konkurs der Betriebsgesellschaft ...	266
III. Echte Betriebsaufspaltung Typ C	266
1. § 613 a BGB	266
2. § 419 BGB	267
3. § 25 HGB	268
4. § 3 Abs. 1 Nr. 1 AnfG	268
5. §§ 302 Abs. 1, 317 Abs. 1 AktG	269
6. Durchgriffshaftung	269
7. Interessenwahrung durch Vereinbarung	270
8. Die Rechtslage im Konkurs der Betriebsgesellschaft ...	270
IV. Unternehmensteilung	270